

BI Windkraftfreier Soonwald
c/o Wolfgang Piroth
Thiergartenstraße 36a
55496 Argenthal
wolfgang.piroth@t-online.de



Pressemitteilung:

20. Juli 2015: 14-tägige Bürger-Postkartenaktion "Es reicht - Keine weiteren Windkraftflächen im Hunsrück" mit 10.000 unterschriebenen Postkarten erfolgreich beendet.

Eine großartige und beachtenswerte Zahl an unterschriebenen Postkarten ist in gerade mal 14 Tagen zusammengekommen. Bis zum 19. Juli, 20:00 Uhr, hatten exakt 9.719 Bürgerinnen und Bürger die Postkarten unterzeichnet. Heute melden noch Anlaufstellen weitere unterzeichnete Postkarten im Rücklauf. Bis heute Abend werden wir mit Sicherheit die 10.000ste Postkarte in den Händen halten. In den vergangenen beiden Wochen haben die Mitwirkenden der Schutzgemeinschaft Hunsrück-Soonwald von vielen Bürgern ein überwältigendes und ausnahmslos positives Echo zur Aktion erfahren. Es gehört mittlerweile zum „guten Ton“ in der Region, als Bürger mitzumachen und selbst aktiv zu werden. Dazu gehören auch die vielen Einzelhändler, Apotheken, Ärzte, öffentliche Stellen, die sich von sich aus an der Aktion beteiligt haben. Ob an Aktionsständen, im direkten Gespräch beim Einkaufen oder bei Veranstaltungen, die Menschen kamen auf uns zu und haben sich für die Aktion bedankt und viele haben weitere Postkarten für ihre Familie, Freunde und Nachbarn mitgenommen. Überraschend war die sichtbar wahrzunehmende Umkehrung des Engagements: Die Bürger und Bürgerinnen sind von sich aus aktiv geworden und viele hätten gerne noch weitere Unterschriften gesammelt. Das alleine macht deutlich, wie die Akzeptanz der Hunsrücker Bürger tatsächlich aussieht und zwar eindeutig: **Es reicht! Das Maß ist wirklich voll.**

Heute überreichten Vertreter der Schutzgemeinschaft Hunsrück/Soonwald stellvertretend für alle diese Bürger die knapp 10.000 Postkarten den anwesenden Verbandsbürgermeistern und Landrat Dr. Marlon Bröhr. Dies, um deren Position gegenüber Planungsgemeinschaft und Landesregierung zu stärken. Die Initiativen bitten Herrn Bröhr, die Vorstände und Mitglieder der Planungsgemeinschaft darin zu überzeugen, dass der von ihm aufgezeigte und beantragte Vorschlag einen akzeptablen Kompromiss zwischen Landes- und Bürgerinteresse darstellt; hiernach würden im Kreis wie in anderen Regionen, in denen der von der Landesregierung vorgegebene Flächenbedarf von 2 Prozent durch Flächennutzungspläne belegt und erfüllt ist, keine zusätzlichen Windkraftflächen über den RROP ausgewiesen.

Entgegen den Darstellungen der Landesregierung sind die Ausweisung weiterer Vorrangflächen für Windkraft im Regionalen Raumordnungsplan und damit potentiell weitere 800 ha für neue Windkraftanlagen im Rhein-Hunsrück-Kreis für die Mehrheit der Bevölkerung absolut inakzeptabel. Die mehrheitliche Haltung ist: **Uns reicht es!**

Die vielen Postkarten verstärken das moralische sowie politische Mandat an Landrat Bröhr und die Verbandsbürgermeister, alle politischen und juristischen Möglichkeiten zu nutzen, um weitere Windkraftflächen zu verhindern.

Auslöser für die Postkartenaktion war die Pressekonferenz von Landrat Marlon Bröhr am 19.06.2015. In dieser Pressekonferenz haben Dr. Bröhr sowie alle Verbandsbürgermeister des Kreises den Entwurf des regionalen Raumordnungsplans mit weiteren Windkraft-Vorrangflächen entscheiden abgelehnt, u.a. mit der Aussage des Landrats: „Es kommt der Punkt, da muss man zusammen aufstehen und den Mund aufmachen und sagen – es reicht!“ Die Hunsrücker Bürger sind in den letzten 14 Tagen aufgestanden und haben in überwältigender, beispielesloser Weise mit diesen Postkarten deutlich gesagt: **Uns reicht!**

„Uns reicht!“ ist aber vor allem auch ein deutliches Zeichen an das rheinland-pfälzische grüne Wirtschaftsministerium. Wir Bürger wehren uns dagegen, dass die selbst gesetzten ehrgeizigen Ziele der Landesregierung (1000 weitere Windräder, theoretisch bis 2030 100% Strom aus erneuerbaren Energien) weiter zu Lasten unserer ländlichen Region, unserer Lebensqualität und unserer Landschaften ausgetragen wird.

Die eindeutige Botschaft „Uns reicht!“ darf nicht weiter von Mainz ignoriert werden und wir nehmen Ministerin Frau Lemke ernst, wenn sie sagt: „Kein Windrad darf gebaut werden, wenn die Bürger es nicht wollen“. Wir akzeptieren kein weiteres „politisches Hütchenspiel“ der Landesregierung. Die Flächennutzungspläne als Ausdruck der kommunalen Selbstverwaltung weisen weit über 2 % Fläche für Windkraft aus. Im Rhein-Hunsrück-Kreis wollen sowohl die Verbandsgemeinden und die Bürger keine weiteren Vorrangflächen für Windkraft. Dies ist in den ablehnenden Stellungnahmen zum Entwurf des regionalen Raumordnungsplans eindeutig zum Ausdruck gekommen und wird verstärkt durch das eindeutige Bürgervotum „Es reicht!“. Die Flächennutzungspläne der Verbandsgemeinden geben das Maß an Windkraft in der Region vor. Alles andere ist ein Akt der politischen Willkür der Landesregierung und ist ein undemokratisches und planwirtschaftliches Vorgehen.

Bei dieser Postkartenaktion - von Bürgern für Bürger - wurden einige Fakten sehr deutlich:

- *Die Menschen erkennen,*
dass sie mit den bereits am Netz befindlichen, genehmigten und beantragten 306 Windrädern im Kreis und den hieraus resultierenden negativen Auswirkungen ihren ganz persönlichen Beitrag für eine sinnvolle Energiewende geleistet haben und bewerten diesen Beitrag als „übererfüllt“.
- *Die Menschen sind nicht länger gewillt,*
widerstandslos hinzunehmen, dass mit der unverhältnismäßigen Belastung einzelner Regionen und Dezimierung der Wälder und Kulturlandschaften durch Windparks ihre Heimat, ihre Lebenswelt dramatisch und nachhaltig verändert und beschädigt wird.
- *Die Menschen haben erkannt,*
dass das von der rheinland-pfälzischen Landesregierung „selbst auferlegte“ Ziel (2030 - 100 % EE) zur Folge hätte, dass sich die Anzahl der bisher installierten, genehmigten und bereits geplanten Windkraftanlagen im Rhein-Hunsrück-Kreis noch einmal massiv erhöhen würde. Sie lehnen den Bau weiterer Windkraftanlagen entschieden ab.
- *Die Menschen fordern daher ganz konkret,*
dass die Landespolitiker endlich die berechtigten Sorgen ihrer Bürger hinsichtlich der wachsenden Kollateralschäden bei den Menschen und in der Natur durch den weiteren Ausbau der Windkraft ernstnehmen und sich dem mehrheitlichen Bürgerwillen anschließen.
- *So unterstützen die Bürger ausdrücklich*
ihre kommunalen Ratsgremien, die Verbandsgemeinderäte, den Kreistag als auch die Verwaltung des Kreises, an der Spitze Landrat Marlon Bröhr, welche sich einstimmig gegen einen weiteren Bau von Windkraftanlagen im Kreis ausgesprochen haben.
- *So verstehen die Bürger die Postkarten als eindeutige Verpflichtung für den Landrat und die Verbandsbürgermeister,*
sich mit allem Engagement und Verantwortung in der Planungsgemeinschaft und vor allem gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Vorrangflächen, die über die Flächennutzungspläne der Verbandsgemeinden hinausgehen, gestrichen werden. Die vielen Unterschriften sind ein überzeugendes Mandat, im Sinne des Bürgerwillens in der Sitzung der Planungsgemeinschaft am 21. Juli 2015 und darüber hinaus für den Erhalt unserer Lebenswelt zu kämpfen.

BI Windkraftfreier Soonwald/Schutzgemeinschaft Hunsrück-Soonwald
i.A. Wolfgang Piroth (Sprecher)